Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/1321

10. 05. 95

Antrag

der Abgeordneten Michaele Hustedt, Ursula Schönberger, Halo Saibold und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Nachhaltige und umweltfreundliche Energiepolitik in Osteuropa

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Atomkraftwerke sind überall gefährlich, weil ein GAU und Super-GAU mit den Folgen einer radioaktiven Verseuchung ganzer Landstriche nicht vollständig ausgeschlossen werden kann, weil auch im Normalbetrieb Radioaktivität an die Umgebung abgegeben wird, wodurch z. B. Leukämie ausgelöst werden kann, weil Transport und Lagerung radioaktiver Substanzen eine ständige Gefährdung darstellen und weil die Entsorgung radioaktiver Abfälle ein ungelöstes Problem darstellt, welches auch Tausende von Generationen nach uns noch beschäftigen wird.

Die überwältigende Mehrheit in Deutschland spricht sich gegen die Atomenergie aus, neue Atomkraftwerke sind nicht mehr durchsetzbar.

Der Super-GAU von Tschernobyl hat bewiesen, daß die Nutzung der Atomenergie keine nationale Angelegenheit sein kann. Ein zweites Tschernobyl muß ständig befürchtet werden. Die Ausgestaltung der Energieversorgung in Osteuropa betrifft alle Staaten Europas.

Der Westen nimmt aufgrund seines ökonomischen und politischen Einflusses auf bilateraler und EU-Ebene massiven Einfluß auf die zukünftige Energieversorgung in Osteuropa, deren Weichen gegenwärtig gestellt werden. Mit der Öffnung von EURATOM-Anleihen auch für osteuropäische Atomprojekte hat die Europäische Union einseitig die Förderung der Atomenergie in den Vordergrund gestellt. Die Bundesregierung setzt sich sowohl in der EU als auch bei der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung für die Vergabe von Krediten für osteuropäische Atomkraftwerke ein und stellt darüber hinaus Gelder der Kreditanstalt für Wiederaufbau und Hermes-Bürgschaften zur Verfügung. Durch die Übertragung des in Deutschland verfolgten Pro-Atom-Kurses auf die Länder Osteuropas versucht die Bundes-

regierung, den Interessen der Atomlobby entgegenzukommen, indem für den in Westeuropa quasi nicht mehr existenten Markt für Atomkraftwerke der Ersatzmarkt Osteuropa geschaffen wird. In die gleiche Richtung zielen Bemühungen der Bundesregierung und von Regierungen anderer Industrieländer, die Verpflichtungen zur Reduktion von Treibhausgasen im Rahmen der sogenannten Gemeinsamen Umsetzung (Joint Implementation) durch Atomkraft-Investitionen abzudecken. Ein Atom-Engagement des Westens in Osteuropa ist aus folgenden Gründen abzulehnen:

Der Umbau osteuropäischer Atomkraftwerke ist technisch fragwürdig und mit 5 Mrd. DM pro Reaktor zudem sehr kapitalintensiv. Das Öko-Institut rechnet für den Umbau mit Kosten von 100 Mrd. DM, der Kraftwerksbauer ABB mit 50 Mrd. DM. Weltbank und Internationale Energie-Agentur bezifferten 1993 die Kosten für eine Stillegung der 25 unsichersten Atomkraftwerke binnen zwei Jahren und die Umrüstung der Energiewirtschaft auf Gaskraftwerke bis zum Jahr 2000 auf ca. 30 Mrd. DM, während der Umbau und der Weiterbetrieb der veralteten Anlagen ohne Einbeziehung der Betriebs- und Stillegungs-, Zwischen- und Endlagerkosten der Anlagen hingegen mindestens 40 Mrd. DM kosten würde. Dadurch würden Gelder gebunden, welche für die Finanzierung der notwendigen Energiewende fehlen. Überdies müssen die osteuropäischen Staaten Garantie-Gelder in sehr hohen Beträgen für die AKWs bereithalten, so daß für Garantien für Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen und kombinierte Gas-Dampf-Kraftwerke kein finanzieller Spielraum bleibt. Die Atomenergie führt die Länder Osteuropas also in große finanzielle Abhängigkeit von den Kreditgebern. Hinzu kommt die Abhängigkeit bei der Atommüllentsorgung hinsichtlich Finanzen, Technologie, Ort von Zwischen- und Endlagern.

Die Weltbank kommt zu dem Schluß, daß der Umbau der östlichen Reaktoren reine Geldverschwendung sei; das Risiko einer Kernschmelze wird trotz Umbau als unannehmbar hoch eingeschätzt. Die Energieversorgung der betroffenen Staaten wäre nach Ansicht der Weltbank trotz Abschaltung der AKWs nicht gefährdet, da im nächsten Jahrzehnt mit einem drastisch sinkenden Energieverbrauch zu rechnen sei. Eine Weltbank-Expertise aus dem Jahre 1992 hält den Umbau der russischen Reaktortypen auf – ebenfalls ungenügenden – westlichen Sicherheitsstandards für unmöglich und spricht sich daher gegen derartige Investitionen aus. Eine Analyse des Weltbank-Programms für Ungarn ergab, daß Investitionen in Energiespartechniken siebenmal effektiver sind als in die Atomkraft.

Das Festhalten an der Atomenergie bedeutet zudem die Zementierung der derzeitigen zentralistischen Energieversorgungs-Strukturen in den osteuropäischen Ländern. Diese Strukturen tragen aber zu der geringen Energieeffizienz in entscheidendem Maße bei. Durchschnittlich liegt der Energieeinsatz pro wirtschaftlicher Produktionseinheit doppelt so hoch wie im Westen. Investitionen in Energiespar- und -effizienzmaßnahmen stellen die schnellste, preiswerteste und umweltfreundlichste Alternative dar. In einer Studie der Internationalen Energie-Agentur von 1994 werden die osteuropäischen Staaten zu einer rationelleren Energienutzung aufgefordert.

Darüber hinaus ist noch völlig ungeklärt, ob die im Rahmen des Umbaus osteuropäischer AKWs geplante Kombination westlicher mit östlicher Technologie technisch machbar ist. Der bislang weltweit einmalige Fall einer Kombination beider Technologien im finnischen AKW Loviisa ist mit den geplanten Umrüstungen nicht zu vergleichen, da Loviisa nicht nachträglich umgerüstet wurde, sondern beide Techniken bereits im Planungsstadium kombiniert wurden.

Die Veränderung der politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen hat das niedrige Sicherheitsniveau und die Ersatzteilversorgung der osteuropäischen Reaktoren empfindlich beeinträchtigt. Die staatliche Atomare Kontrollbehörde Rußlands listet in ihrem Jahresbericht für 1993 20 000 Verstöße gegen die Sicherheitsbedingungen auf.

Der Betrieb von Kernkraftwerken setzt implizit eine funktionsfähige Gesellschaft voraus; in vielen Regionen Osteuropas gibt es jedoch größere Konflikte, mit einer Ausweitung der Auseinandersetzungen muß gerechnet werden. Im Kriegsfalle sind schlimmste atomare Katastrophen zu befürchten, wie der Tschetschenien-Krieg demonstrierte: In der Nähe der Frontlinien befindet sich ein atomares Endlager. Generell sind Staaten, auf deren Territorium sich Atomkraftwerke befinden, leicht erpreßbar, gerade im Kriegsfall.

Der zunehmende Handel mit Nuklearmaterial führt zu einer unkontrollierbaren Proliferation und birgt die Gefahr der Schaffung neuer Nuklearmächte und terroristischer Anschläge mit Nuklearmaterial in sich.

Aus diesen Gründen ist eine schnelle Abschaltung der Atomkraftwerke und eine Einstellung von westlichen Finanzhilfen für den Umbau von Ost-Reaktoren vonnöten. Das vom Westen unterstützte Sicherheitstraining und die leichten technischen Veränderungen sind weder ausreichend, um ein zweites Tschernobyl auszuschließen, noch sind sie kostengünstig. Der Atomausstieg im eigenen Land wäre zudem ein deutliches Signal an die osteuropäischen Länder, daß man nicht mehr auf die Technologie Atomkraft setzt, und wäre ein wichtiger Beitrag, um die Länder Osteuropas zu einer anderen Energiepolitik zu bewegen.

Analysen der Europäischen Investitionsbank ergaben einen Kostenvorteil für die Nutzung von Gas-und-Dampfkraftwerken im Vergleich zum AKW-Umbau. Der Umweltberater des russischen Präsidenten Boris Jelzin, Alexej Yablokov, errechnete für den Ersatz der russischen AKWs durch Gaskraftwerke einen Finanzbedarf von 6 Mrd. US-Dollar für einen Zeitraum von fünf Jahren; Reparatur und technischer Umbau der Atomreaktoren würden dagegen 60 Mrd. US-Dollar kosten.

Der industrielle Niedergang und die ökonomische Umstrukturierung in Osteuropa führten zu einem deutlichen Rückgang des Energieverbrauches. Selbst bei Unterlassung jeglicher Einsparaktivitäten wird der Energieverbrauch des Jahres 1989 nicht vor 2005 wieder erreicht sein; einige der osteuropäischen Atomstaaten sind sogar Stromexporteure. Aufgrund steigender Energie-

preise durch die Liberalisierung der bislang hochsubventionierten osteuropäischen Energiemärkte kann mit deutlichen Einsparerfolgen gerechnet werden, so daß ein Anstieg des Energieverbrauches deutlich nach 2005 zu erwarten ist. In kürzester Zeit lassen sich nach einer Studie der US-Agentur für internationale Entwicklung (AID) durch preisgünstige, sich schnell amortisierende Maßnahmen deutliche Einspareffekte erzielen, so z. B. durch die Verwendung von Energiesparleuchten, hocheffizienten Gas- und Ölbrennern, Heizkörperthermostaten oder durch die Isolierung von Leitungen und Gebäuden.

Die Atomenergie stellt also keine Alternative für eine zukunftsfähige Energieversorgung dar. Sie sollte daher umgehend durch umweltfreundlichere Energieträger ersetzt werden. Im Rahmen der Klimakonvention von Rio wird ein Technologietransfer aus dem Westen in die sogenannten Entwicklungsländer und die Länder Osteuropas gefordert. Die Umgestaltung der Energieversorgung Osteuropas gemäß den Prinzipien einer nachhaltigen und umweltfreundlichen Entwicklung erfordert diesen Technologietransfer.

II. Der Deutsche Bundestag fordert deshalb die Bundesregierung zu folgenden Maßnahmen auf:

Zum 1. Januar 1996 wird ein „Atomausstiegsfonds Osteuropa" eingerichtet. Die Gelder werden zweckgebunden verwendet für die Energiewende in Osteuropa zur Abschaltung der Atomreaktoren und zur Förderung von Energiespar- und -effizienzmaßnahmen, erneuerbaren Energiequellen, Kraft-Wärme-Kopplung, Fern- und Nahwärmenetzen, zur Einführung von Least-Cost-Planning und Demand-Side-Management, Technologietransfer etc. Über diesen nationalen Fonds hinaus setzt sich die Bundesregierung dafür ein, daß andere Staaten und die Europäische Union gleichartige Fonds einrichten.

Die Bundesregierung drängt darauf, im Rahmen der internationalen Finanzhilfe für Osteuropa (G-7, G-24, PHARE, TACIS, EURATOM, Weltbank, EBRD, IWF) gänzlich auf die Finanzierung und den Umbau von Atomanlagen zu verzichten und statt dessen ausschließlich Maßnahmen für die ökologische Umgestaltung des Energiesektors in Osteuropa zu unterstützen. Langfristige und zinsgünstige Kredite sollen nicht mehr für Atom-Investitionen, sondern nur noch für Investitionen für die Energiewende verwendet werden. Die Bundesrepublik Deutschland erhöht das Kreditvolumen für derartige Kredite und setzt sich im Rahmen ihrer Mitgliedschaft in internationalen Banken für eine entsprechende Kreditpolitik ein.

Bonn, den 10. Mai 1995

Michaele Hustedt
Ursula Schönberger
Halo Saibold
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333